

100 Jahre Kapp-Putsch – 100 Jahre Rote Ruhr-Armee

Am 13.3.2020 jährt sich zum 100. Mal der Putschversuch der monarchistischen Konterrevolutionäre unter der Führung von Wolfgang Kapp und General von Lüttwitz, um nach den Erfahrungen der Novemberrevolution eine unverhüllte Diktatur der Monopolbourgeoisie in Deutschland zu errichten. Dieser Putsch wurde durch die einheitliche Aktion, nämlich durch Generalstreik und Bewaffnung der organisierten Arbeiterklasse in Deutschland verhindert. Die einheitliche Aktion mündete jedoch nicht in einer Entmachtung der Monopolbourgeoisie, also der Errichtung der proletarischen Staatsgewalt. Damit wurde die ökonomische Basis dieses monarchistischen Putschversuches nicht beseitigt, weshalb diese 13 Jahre später erneut- und erfolgreich- die unverhüllte Diktatur des Kapitals in Form des Hitlerfaschismus errichten konnte.

Für uns Grund genug, sich tiefer mit diesem Ereignis zu befassen. Dieser Artikel gibt zunächst einen Einblick in die politischen Hintergründe des Kapp-Putsches, benennt also Akteure und Interessenslagen. Er befasst sich dann mit dem organisierten proletarischen Widerstand, explizit mit dem organisierten Generalstreik und der Bildung der Roten Ruhrarmee. Anschließend soll der Nachgang mitsamt politischer Folgen für Deutschland und die Arbeiterklasse skizziert werden. Zuletzt soll ein Fazit gezogen werden: Welche Parallelen gibt es zu heute? Wie sieht antifaschistischer Widerstand in Deutschland 100 Jahre nach dem Putsch aus? Vor welchen Fragen und Aufgaben steht der proletarische Antifaschismus heute, wenn er ernsthaft Widerstand leisten will?

Politische Hintergründe des Kapp-Putsches

Der Erste Weltkrieg endete 1918 mit der militärischen Niederlage Deutschlands. Er war der Versuch der deutschen Monopolbourgeoisie und ihres Staates, ihre Position im imperialistischen Weltsystem zu verbessern. Dieser gescheiterte Versuch brachte bereits während des noch laufenden Krieges immer deutlicher die Sinnlosigkeit des Krieges für die Arbeiterklasse zum Ausdruck. Der Unmut über die mörderische Profitmacherei mündete in der großen sozialistischen Oktoberrevolution in Russland und zum Ende der Monarchie in Deutschland- erzwungen durch die organisierte politische Aktion der Massen.

Der Verrat der Sozialdemokratie, die zu späte Gründung einer konsequenten kommunistischen Arbeiterpartei, und die folglich mangelnde Führungsrolle der KPD führten zu einer Erstickung der Novemberrevolution im Blute der Arbeiter: Sie wurde von den reaktionären Freikorpsstruppen unter der Führung des Sozialdemokraten und Reichswehrministers Gustav Noske zerschlagen, ihre Führer ermordet. Die Novemberrevolution konnte nicht in eine sozialistische hinüberwachsen.

Die herrschende Klasse war sich nach dieser turbulenten Zeit nicht einig über den Umgang mit der neuen bürgerlichen Republik und der neuen Rolle der Sozialdemokratie. Gleichzeitig war die organisierte Arbeiterbewegung, trotz verlorener Januarkämpfe 1919, eine große Bedrohung für die politische Macht der Bourgeoisie. Entsprechend traten Teile der Bourgeoisie für eine Integration der Arbeiterbewegung, organisiert über die Sozialdemokratie und Gewerkschaften ein. Andere Teile plädierten für Repression und Niederhaltung der Arbeiterbewegung. Die reaktionärsten Teile der zweiten Gruppe wollen die Bedingungen des Versailler Vertrages mitsamt seinen Reparationszahlungen und Gebietsabtretungen nicht akzeptieren. Ohne Umschweife sollte das deutsche Monopolkapital wieder in die Lage versetzt werden, im imperialistischen Weltsystem eine führende Position einzunehmen.

In diesen Kreisen gründete sich im Sommer 1919 unter der Führung des Hauptmanns Waldemar Pabst, der bereits an der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts beteiligt war, die sogenannte Nationale Vereinigung. Diese stand in direkter Verbindung zum Nationalklub, dem die Großindustriellen Ernst von Borsig, Emil Kirdorf, Hugo Stinnes, Albert Vögler und die militaristischen und reaktionären Politiker Erich Ludendorff, Karl Helfferich und Alfred Hugenberg angehörten. Die Nationale Vereinigung stützte sich auf die Reichswehr, die Freikorps und Teile der bürgerlichen „Einwohnerwehren“.

General von Lüttwitz unterbreitete am 10.3.1920, nachdem zwei Marinebrigaden entsprechend des Versailler Vertrages aufgelöst wurden dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert ein Ultimatum: Keine Verringerung der Reichswehr, keine Abgabe von Waffen und Munition an die Entente, Neuwahl der Nationalversammlung und des Reichspräsidenten. Der darauf folgende Haftbefehl der sozialdemokratischen Führung kam zu spät: Das Reichswehrministerium verweigerte sich, die Reichswehr gegen die Meuterer einzusetzen.

Im Zuge des in den frühen Morgenstunden des 13.3.1920 beginnenden Putsches zog die Marinebrigade Erhardt mit Hakenkreuzstahlhelmen durch Berlin, besetzte das Regierungsviertel und verhaftete, misshandelte und ermordete Arbeiter, vor allem Mitglieder und Funktionäre von KPD, USPD und SPD.

Innenpolitisch war der Kapp-Putsch der Versuch der monarchistischen Konterevolutionäre, eine unverhüllte Diktatur des Kapitals auch ohne sozialdemokratische Führer und Gewerkschaften durchführen zu können. Außenpolitisch richtete sich der Putsch gegen die junge Sowjetunion: Von Lüttwitz selbst erklärte, dass der Kampf gegen den Bolschewismus ein Hauptgrund der gesamten „Bewegung“ und forderte für dieses Ziel die Verstärkung der Reichswehr.

Proletarischer Widerstand

Sofort nach dem Putsch legten Millionen Arbeiter in Deutschland trotz politischer Spaltung kurz nach der Novemberrevolution die Arbeit nieder und bildeten stürmische Versammlungen und Demonstrationen:

„Millionen Arbeiter, Mitglieder der KPD, der USPD, der SPD und Parteilose, erkannten, dass dieser Angriff gegen die Interessen aller Teile der Arbeiterschaft, unabhängig von ihrer politischen Auffassung, gerichtet war. (...) Unter dem Eindruck der Gefahr, die von den Putschisten ausging, besann sich die durch die opportunistische Politik der Führung der SPD und rechter Führer gespaltene Arbeiterklasse auf ihre stärkste Waffe, auf ihre Einheit.“ (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3)

Die Führungen von KPD, SPD und USPD sowie der Gewerkschaften riefen noch am 13.3.20 zum sofortigen Generalstreik gegen die Putschisten auf. Einzelne KPD-Landes- und Bezirksgruppen riefen zur direkten Bewaffnung der Arbeiter und zum Kampf gegen die Putschisten auf. Kommunisten traten sofort in die an vielen Orten entstehenden Streikleitungen und Aktionsausschüsse und forderten offensive Kampfmaßnahmen gegen die Putschisten.

Am 15.3.1920 herrschte vollkommener Generalstreik: In ganz Deutschland ruhte die Arbeit. Am Generalstreik waren 12 Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligt. Der Verkehr lag still und in den meisten größeren Städten fanden Massenkundgebungen und Protestversammlungen statt. Vielerorts kam es zu Abkommen zwischen Organisationen der KPD, USPD und SPD für ein einheitliches Handeln gegen die Putschisten. Es wurde in Berlin von Vertretern der Führungen von USPD, der Berliner Gewerkschaftskommission und der Zentrale der KPD eine Zentrale Streikleitung gebildet. Vollzugsräte übernahmen häufig die örtliche Gewalt, um die Lebensmittelversorgung der arbeitenden Bevölkerung zu sichern und die Konterrevolution abzusichern.

So wurden bspw. in Chemnitz am 15.3.1920 bereits Wahlen für Arbeiterräte durchgeführt, es wurde ein örtlicher Vollzugsrat gewählt und die Absicherung der Macht wurde durch die Besetzung von Rathaus, Telegrafembüro und Bahnhof von 3000 bewaffneten Arbeitern realisiert. Reaktionäre Zeitfreiwilligeneinheiten und Einwohnerwehren wurden in einem Umkreis von 50km entwapnet.

Die Forderung nach Entwapnung der Konterrevolution und Bewaffung der Arbeiter und Bildung von Arbeiterwehren kehrte immer wieder. Es sollte nicht nur der Kapp-Putsch, sondern die Konterrevolution der reaktionärsten Kreise des deutschen Imperialismus allgemein niedergeschlagen werden, indem die Macht der Arbeiterklasse gestärkt würde. Gegen den Willen großer Teile der SPD- und USPD-Führungen beschränkten sich Arbeiter vielerorts nicht nur auf den Generalstreik, sondern traten in den bewaffneten Kampf gegen die Putschisten. Es kam vielerorts zu direkten bewaffneten Kämpfen zwischen bewaffneten Arbeitertruppen und den reaktionären Putschisten.

Dieser bewaffnete Kampf fand seinen Höhepunkt im Ruhrgebiet und mündete in der Bildung der Roten Ruhrarmee.

Die Bildung der Roten Ruhrarmee

Im wirtschaftlich bedeutenden Ruhrgebiet, in dem die USPD die stärkste der drei Arbeiterparteien war, waren die Arbeiter in ähnliche Kämpfe getreten. Die Reaktion folgte direkt und sie folgte aufgrund der für die Herrschenden so große wirtschaftliche Bedeutung erbarmungslos: Generalleutnant von Watter ordnete die direkte militärische Besetzung des Ruhrgebietes an. Im Kampf gegen Freikorps, Reichswehreinheiten und Polizei bildeten Kommunisten, USPD-Mitglieder, Sozialdemokraten und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die etwa 100.000 Personen starke Rote Ruhrarmee. Die hochorganisierten und in durch Entwaffnungen der Bürger- und Einwohnerwehren bewaffneten Truppen stürmten die Städte des Ruhrgebiets und kämpften gegen die reaktionären Besatzer. Die Arbeiter hatten aufgrund von Ortskenntnis in den Städten und Fabrikhallen den militärischen Vorteil.

Ihr Kampf begann am 15.3.1920; acht Tage später, also bis zum 23.3.1920 war fast das gesamte Ruhrgebiet mit seinen Städten, Fabriken und Zechen von Putschisten gesäubert und in der Hand der Roten Ruhrarmee.

Neben den roten Kampfverbänden im Ruhrgebiet bildeten sich auch in anderen Teilen Deutschlands bewaffnete Formationen. So wurde etwa in Mitteldeutschland die Thüringer Volkswehrrarmee oder im Norden die Rostocker Arbeiterwehr gegründet.

Die Niederlage der Putschisten

Es zeigte sich bereits nach kürzester Zeit, dass im Lager der herrschenden Klasse die Furcht vor der einheitlichen Abwehraktion der organisierten Arbeiterklasse um sich griff. So ergriffen bspw. Teile der Großbourgeoisie, die in der Deutschen Volkspartei vertreten waren und anfangs für die Putschisten sympathisierten, nach kürzester Zeit nicht mehr Partei für diese. Andere Kreise des Monopolkapitals fürchteten sich vor einem weiteren Erstarken der Volksmassen durch die abenteuerliche Politik der Putschisten: So billigten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Chemie bereits am 15.3.1920 den Generalstreik als Abwehrmittel gegen die Putschisten und erklärten sich für die Beschwichtigung der Arbeiter sogar bereit, die Streiktage zu bezahlen.

Am 17.3.1920 musste die Regierung Kapp nach nur vier Tagen „Amtszeit“ abdanken. Der Generalstreik und der bewaffnete Kampf der Arbeiter führten zu einem vollständigen Zusammenbruch des Putsches.

Freilich bedeutete die Niederschlagung des Putsches nicht den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse über das Monopolkapital.

Noch direkt am 17.3.1920 wurde General von Seeckt durch Friedrich Ebert als oberster Militärbefehlshaber eingesetzt. Im Namen der Regierung rief dieser, exakt wie die Kapp-Putschisten, zum „Kampf gegen den Bolschewismus“ auf. Auch Freikorps und Reichswehrverbände, auch die, die den Kampf gegen die Kapp-Putschisten ablehnten, wurden von der Regierung für die Niederwerfung der Arbeiterklasse eingesetzt. Diesen Truppen wurde von der sozialdemokratischen Regierung weiterhin die von Kapp etablierte Zulage von sieben Mark am Tag gezahlt. Diese Truppen kämpften auf Weisung der Regierung gegen ebendie, die Tage zuvor unter Einsatz ihres Lebens den Kapp-Militärputsch verhindert haben.

Genau zu diesem Zeitpunkt, am 18.3.1920 rief die Führung der SPD zum Abbruch des Generalstreiks auf.

Die Forderung großer Teile der Arbeiterklasse, durch Enteignung des Großgrundbesitzes echte Garantien gegen die Wiederholung eines solchen Putsches zu schaffen, fanden sich in abgeschwächter Form in einem sogenannten Neunpunkteprogramm des ADGB wider, in dem die „Einflussnahme der Gewerkschaften auf die Regierungsbildung“ und „neue Sozialgesetze“, aber auch die Entwaffnung aller putschistischen Gruppen gefordert wurde. Darüber hinaus sollte die Verwaltung von konterrevolutionären militärischen Organisationen gereinigt werden, neue Sozialgesetze, „Sozialisierung“ und Übernahme des Sicherheitsdienstes durch die Arbeiterschaft etabliert werden. Wie ernst dieses Programm genommen wurde, zeigt sich darin, dass es keine Garantien für eine Verwirklichung dieses Programms gab. Ganz im Gegenteil rückten die konterrevolutionären Truppen weiter gegen die revolutionären Truppen vor, während die Arbeiter entwaffnet wurden. Die sozialpolitischen Forderungen wurden im späteren Bielefelder Abkommen (siehe unten) wieder aufgenommen. Die Regierung nahm dieses Programm an, sodass am 22.3.1920 ADGB, SPD und USPD gemeinsam zum Abbruch des Generalstreiks aufriefen. Die KPD rief zur Weiterführung des Streiks bishin zur Bewaffnung der Arbeiterklasse, der vollständigen Entwaffnung der Reaktion und die Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiter auf.

Direkt nach Abbruch des Generalstreiks lud der sozialdemokratische Reichs- und Staatskommissar für Rheinland-Westfalen, Carl Severing zu einer Besprechung in Bielefeld zwischen den Stadtverwaltungen, Vollzugausschüssen (s.o.), Vertretern der Arbeiterparteien und Vertretern der Deutschen Demokratischen Partei und Zentrumsparterie ein, um das „Ruhrproblem“ zu „lösen“. Ergebnis war das sogenannte Bielefelder Abkommen vom 24.4.1920. Unter anderem verlangte es von der Arbeiterklasse, den Generalstreik sofort abubrechen, die Waffen an die Behörden abzugeben, die Entwaffnung und

Bestrafung der Putschisten, die Sozialisierung der "dazu reifen" Wirtschaftszweige und ein Einflussrecht der Gewerkschaften bei der Neuregelung wirtschafts- und sozialpolitische Gesetze. Versprochen wurde, dass die Reichswehr nicht ins Ruhrgebiet einmarschieren werde.

Teile der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet vertrauten diesen Versprechungen und legten direkt die Waffen nieder, andere Teile weigerten sich, die Kämpfe einzustellen. Ab diesem Moment war die bis dahin einig kämpfende Klasse verwirrt und zersplittert. Entgegen der Versprechungen wurden direkt Reichswehrtruppen im Ruhrgebiet zusammengezogen, die Regierung gab keine Zusage, das Abkommen einzuhalten.

Die KPD forderte angesichts des drohenden Einmarsches der Reichswehr, die einheitliche Front des Ruhrproletariats wiederherzustellen. In Essen wurde auf Vorschlag der KPD ein Zentralrat zur einheitlichen Leitung der Abwehrkämpfe gewählt. Der anwesende Wilhelm Pieck warnte nochmals ausdrücklich, dass die Regierung dem Bielefelder Abkommen noch nicht zugestimmt habe. Die einzige Garantie sei, die Waffen zu behalten, um erstens einen Einmarsch der Reichswehr zu verhindern und zweitens die Regierung durch die Kraft der Arbeiter zum Einhalten des Abkommens zu zwingen und die Truppen abzuziehen. Es wurde, um ein Blutbad zu vermeiden, auf ein Weiterführen der Kämpfe verzichtet, die errungenen Positionen aber nicht aufgegeben und im Falle eines Einmarsches der Reichswehr erneut aufzurufen. Die Regierung lehnte dieses Waffenstillstandsabkommen ab und stellte im Gegenzug unerfüllbare Aufforderungen zur direkten Entwaffnung der Arbeitertruppen. Diese Forderung war der Vorwand der Militaristen, unter allen Umständen ins Ruhrgebiet einmarschieren zu können.

Nachdem sich am 1.4.1920 die Vollversammlung der Vollzugsräte für die Anerkennung des Bielefelder Abkommens aussprach und den Generalstreik für beendet erklärte, tat die Rote Ruhrarmee alles, um den aussichtslos gewordenen bewaffneten Kampf abzubrechen.

Auf ihrem Rückzug antworteten die Reichswehrverbände mit Sperrfeuer. Es begann ein brutaler Terrorfeldzug gegen die Arbeiter im Ruhrgebiet: Hunderte Arbeiter- Männer, Frauen und Jugendliche wurden von der reaktionären Soldateska ohne Verhör erschossen, misshandelt, zu Tode geprügelt und vergewaltigt. Die demokratische Weimarer Klassenjustiz zeigte ihr unverhülltes Gesicht: Tausende Arbeiter wurden in Gefängnisse geworfen, während die Kapp-Putschisten mit einer einzigen Ausnahme (Traugott von Jagow wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt) straffrei ausgingen.

Fazit

Die Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse im März 1920 verhinderten als bis dahin bedeutendste proletarische Einheitsaktionen die Errichtung der offenen Militärdiktatur und verteidigten die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution.

Der Sieg über den Kapp-Putsch zeigte, dass die *einheitlich* handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Massen eine gewaltige Kraft für die Erzwingung ihrer Interessen ist. Aufgrund der Aktionseinheit von Kommunisten, Gewerkschaftern, Parteilosen, einer Mehrheit der USPD-Mitglieder sowie sozialdemokratischen Arbeitern konnten die Arbeiterklasse, die Intelligenz, Angehörige der Mittelschichten sowie das demokratische Bürgertum für den Kampf einbezogen werden.

Dieser Sieg konnte jedoch nicht ausgebaut werden. Die offene Parteiergreifung der SPD für den Machterhalt der Bourgeoisie, die schwankende Haltung der USPD und die organisatorische Schwäche der KPD führten zur organisatorischen Schwäche der Arbeiterklasse. Der Kampf konnte so nicht bis zur völligen Absicherung gegen die Militärdiktatur, also bis zur politischen Entmachtung und ökonomischen Enteignung der Monopolbourgeoisie geführt werden.

Verlauf und Ergebnis der Kämpfe des März 1920 führten also erneut zur Erkenntnis über die Bedeutung einer revolutionären Arbeiterpartei, die alle Werktätigen in den Kampf führen kann.

Der Bürgerkrieg, den die Herrschenden Deutschlands gegen die eigene Bevölkerung führten – sowohl im Zuge der Niederschlagung der Novemberrevolution, wie auch in den weiteren Kämpfen bis 1923 – wird bis heute verschwiegen, Kinder lernen darüber nichts in der Schule. Aus den Ereignissen geht hervor, mit welcher Brutalität und Skrupellosigkeit die deutsche Armee gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wurde.

Was lernen wir daraus für heute?

Der Generalstreik und der bewaffnete Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch zeigt uns, dass die Arbeiterbewegung unschlagbar ist, wenn sie einheitlich kämpft. Die verräterische Rolle der SPD-Führung und die schwankende Haltung der USPD-Führung schwächten diese Einheit. Dies nutzten die Herrschenden sofort aus und holten zum brutalen Gegenschlag aus. Die politische Führung der Arbeiterklasse lag noch nicht bei der KPD, die dafür noch nicht reif genug war. Dadurch konnte die zersetzende Funktion der Sozialdemokratie noch nicht für mehr Arbeiter erkennbar werden.

Der, aus Sicht der Bourgeoisie taktisch unkluge Putschversuch offenbarte die Einheit der Arbeiter und stellte sie spontan her. Wir können uns vorstellen, wie schwierig es für die Genossen war, in dem folgenden Kampf die richtige Linie zu finden und gestärkt daraus hervor zu gehen. In den konkreten Kämpfen zeigt sich, ob man organisiert handeln kann und den richtigen Kurs hat, ob es einem möglich ist, praktische Antworten zu finden und politisch die richtige Taktik. Die KPD kämpfte heldenhaft und in vorderster Reihe. Sie trat am konsequentesten für die Interessen der Arbeiterklasse ein. Auch wenn sie im Jahr 1920 die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Spaltung der SPD-Führung noch nicht verteidigen konnte, versuchte sie aus der Situation zu lernen.

Die Frage der Einheit der Arbeiterbewegung stand wenige Jahre später erneut und noch bedrohlicher auf der Tagesordnung. Gegen die faschistische Diktatur wäre ein Generalstreik der vereinten Arbeiterklasse das beste Mittel gewesen. Auch hier spielte die SPD-Führung eine fatale Rolle, in dem sie diese Einheit und den Streik gegen Hitler ablehnte. Sie war schon zu sehr Teil des Staates geworden, sie wollte ihn erhalten.

Wie sieht es heute aus? Die Widersprüche aktueller antifaschistischer Bewegungen treten deutlich zutage. Es ist weit geteilter Konsens, dass breite Organisationsbündnisse das Mittel der Wahl sind, um den Faschismus zu verhindern. Dabei stellen sich Organisationen und Parteien, die in Teilen oder gänzlich die arbeiterfeindliche Hartz-4-Politik und die verbrecherischen Kriegseinsätze von SPD und Grünen ablehnen, „in der Stunde der Not“ mit ihnen auf Demonstrationen gegen die AfD. Mit Großbündnissen wie „Aufstehen gegen Rassismus“ oder „Unteilbar“ und bundesweit mobilisierten Blockadeaktionen soll eine Rechtsentwicklung aufgehalten werden. Dies ist aus Sicht der Akteure mit einheitlichem Handeln gemeint. Kritik an der arbeiterfeindlichen Politik, die stets auch Nährboden faschistischer Demagogie ist, wird auf Kosten der Größe und Breite der Bündnisse aufgegeben. Gleichzeitig vermehren sich in Deutschland die Zahlen faschistischer Mordanschläge und die Verbindung organisierter faschistischer Strukturen mit dem Staat wird immer offenkundiger.

Für uns stellt sich diese Frage heute also auch. Wie ist Einheit herzustellen ohne dabei eine falsche und verräterische Politik zu unterstützen? Wie kann die spalterische Politik von SPD- und Linksparteiführung zurückgedrängt werden und dennoch eine Aktionseinheit mit allen Kollegen hergestellt werden?

Noch können wir diese Fragen nicht beantworten. Wir können konstatieren, dass eine Zusammenarbeit mit den Parteiführungen der Sozialdemokratie falsch und auch nicht erreichbar ist. Wie wir die Einheit der Arbeiter herstellen, ist damit aber noch nicht beantwortet. Eignen wir uns diese Erkenntnisse an. Studieren wir die Ereignisse und die Dokumente der Partei. Versuchen wir weiter, Erfahrungen im Organisieren und Mobilisieren zu machen, um einen konkreten Weg aufzeigen zu können.